Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 96 (2016)

Heft: 1033

Artikel: Klarheit in der Krise

Autor: Staumann, Tobias

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-736257

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1 Klarheit in der Krise

Was wir vom «Raben von Zürich» lernen können.

von Tobias Straumann

Im Januar 1930 herrschte in der niederländischen Hauptstadt Den Haag wieder einmal der Ausnahmezustand. Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres versammelten sich mehr als ein Dutzend Regierungsdelegationen, um eine Lösung für das schwierige Erbe des Weltkriegs zu finden. Die Verhandlungen fanden wie im vergangenen August im «Binnenhof» statt, dem alten, malerischen Sitz des niederländischen Parlaments. Aus den Verhandlungsräumen konnte man den Enten und Schwänen zuschauen, wie sie auf dem Parkweiher ihre Kreise drehten. Die Atmosphäre hätte nicht friedlicher sein können.

Die Erwartungen waren hoch, aber wurden nicht enttäuscht. Es gelang den Diplomaten und Politikern, in allen Fragen eine Einigung zu erzielen. Der «Economist» sprach von einem «Success in The Hague» und sah bessere Zeiten anbrechen: «... the past, like a shoddy company whose accounts are in disorder, has at last been liquidated.»

Die Journalisten waren besonders erfreut darüber, dass das Problem der deutschen Reparationen – das grösste Problem der Nachkriegszeit – endlich definitiv geregelt werden konnte. Dies gelang dank einer Senkung der jährlichen Zahlungen und einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes durch die französischen Truppen. Ursprünglich war dieser Schritt erst für 1935 vorgesehen gewesen. Der Young-Plan, wie das neue Reparationsabkommen genannt wurde, sorgte dafür, dass die Trikolore nun bereits Ende Juni 1930 aus Deutschland verschwand. Ferner übertrug man die Verwaltung der Reparationszahlungen einer neu gegründeten Institution: der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Zuvor hatte eine alliierte Reparationskommission die deutschen Finanzen genauestens überwacht. Dank dem Haager Abkommen war Deutschland militärisch und finanzpolitisch wieder souverän.

Gruss von den Todgeweihten

Die Begeisterung über die Einigung in Den Haag wurde freilich nicht von allen geteilt. Der Wiener Ökonom Felix Somary, seit 1919 Partner der Zürcher Privatbank Blankart & Cie., war besonders skeptisch. Er glaubte, der Young-Plan sei nur ein neues Provisorium, das beim geringsten Anlass wieder neu verhandelt werden müsse. Sein Kommentar, als er erstmals vom neuen Zahlungsschema hörte: «Ave, Caesar, moratoria te salutant» – die Todgeweihten grüssen dich! Die Schaffung der BIZ hielt er für reine Symbolpolitik, wie er später in seinen Memoiren schrieb: «Es war ein merkwürdiger Zug unserer Generation: wo eine Idee nötig war, um einen Notstand zu beseitigen, schuf man eine Organisation; diese brachte aber nicht Abhilfe, erhöhte vielmehr nur die Ratlosigkeit, leistete nicht das, was sie sollte, kreierte eine wachsende Bürokratie, die aber zum Selbstzweck wurde und noch fortexistierte, wenn schon alle Welt vergessen hatte, wann und warum eigentlich diese Organisation begründet worden war.»

Tobias Straumann
ist Wirtschaftshistoriker und lehrt an den Universitäten Basel und Zürich.

Felix «der Rabe von Zürich» Somary hatte recht. Es dauerte nicht einmal 18 Monate, bis der Young-Plan über Bord geworfen wurde. Anfang Juni 1931 erklärte die deutsche Regierung, angesichts der schweren Rezession würden die Reparationslasten allmählich untragbar. Diese Aussage wiederum löste eine Währungskrise aus, denn die Anleger mussten nun eine baldige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands befürchten. Um die Krise zu bremsen, erklärte US-Präsident Hoover daraufhin ein einjähriges Moratorium für alle kriegsbedingten Schulden. Die Initiative aus Washington kam zu spät. Im Juli 1931 brach das deutsche Bankensystem zusammen, die Regierung führte Kapitalverkehrskontrollen ein, und ein Teil der ausländischen Gelder wurden eingefroren. Im Sommer 1932 wurden schliesslich alle Kriegsschulden gestrichen. Das Haager Abkommen war das Papier nicht mehr wert, auf dem es unterzeichnet worden war. Die BIZ hatte keine Aufgabe mehr (und existiert heute immer noch).

Ganz offensichtlich handelte es sich beim Young-Plan um eine politische Schönwetterkonstruktion, die unter dem Druck der Wirtschaftskrise schnell zusammenbrach. In gewisser Weise verschärfte er sogar die Krise, denn er verpflichtete Deutschland dazu, einen strammen Sparkurs einzuschlagen, um die Reparationen bezahlen zu können. Die Senkung der Löhne und Staatsaus-

Tobias Straumann, zvg.

gaben beschleunigte zudem die Destabilisierung der ohnehin schon schwachen Weimarer Republik. Bei den Septemberwahlen 1930 gewann die NSDAP aus dem Stand 18 Prozent, im Juli 1932 gar 37 Prozent. Von da war es nicht mehr weit zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933.

Warum haben die Politiker diese Gefahr nicht frühzeitig erkannt? Es war bekannt, dass die Feinde der Weimarer Republik nur darauf warteten, von einer Wirtschaftskrise profitieren zu können. Auch liess sich leicht voraussehen, dass Deutschland die Reparationen nur zahlen konnte, wenn es krisenverschärfende Massnahmen ergriff. Gleichwohl hat man in Den Haag Dinge beschlossen, die den eigenen Zielsetzungen entgegenliefen. Geplant war eine weitere Befriedung des Kontinents, drei Jahre später stand man vor einem Scherbenhaufen. Wie lässt sich dieser Widerspruch verstehen, und was lässt sich daraus lernen?

Weshalb die Leichtsinnigkeit?

Wenn man die Quellen durchliest, ist man zunächst einmal erstaunt darüber, wie optimistisch viele Politiker und Unternehmenskapitäne nach den vielen Jahren des Aufschwungs waren. Zwar hatten Fachleute seit Jahren davor gewarnt, die internationalen Schuldenverhältnisse zu unterschätzen. Deutschland hatte ja in den Jahren 1924 bis 1929 die Reparationen im wesentlichen mit Krediten von amerikanischen Banken bezahlt, nicht durch eigene Anstrengungen, so dass die gesamte Schuldenlast enorm anstieg. Aber die Warnungen wurden nicht ernst genommen. Diesbezüglich ist aufschlussreich, was Felix Somary erlebte, als er in Berlin zur gleichen Zeit vor einer grossen Krise warnte, als sich die Politiker in Den Haag trafen. Fast alle Zuhörer verneinten, dass der grosse Börsencrash an der Wallstreet im Oktober 1929 besorgniserregend sei. «Noch immer wollten Führer der Wirtschaft nicht daran glauben. Der Generaldirektor von Siemens hielt die Vorgänge in New York für nebensächlich und für die deutsche Wirtschaft belanglos.»

Derselbe Optimismus, um nicht zu sagen dieselbe Leichtsinnigkeit, liess sich auch während der jüngsten Finanzkrise beobachten. Es ist offenbar sehr schwierig, eine Gefahr rechtzeitig einzuschätzen. Finanzkrisen verlaufen ja nie linear. Sie beginnen meist an den Rändern und springen plötzlich auf den Kern über. Nur die wenigsten Leute haben bereits im Jahr 2007 verstanden, dass sich eine grosse systemische Krise anbahnte.

Ein zweites Problem war 1930, dass Diplomaten und Politiker darauf getrimmt waren, immer nur schrittweise vorzugehen, während eine erfolgreiche Eindämmung der Finanzkrise eine schnelle Notoperation verlangt hätte. Nach der verheerenden Kriegserfahrung galt es als verwerflich, wenn einzelne Staaten ohne Absprache vorangingen. Die Intervention des US-Präsidenten Hoover im Juni 1931 war ein Versuch, die langwierigen internationalen Verfahren zu ignorieren, um wirksam vorgehen zu können. Allerdings kam sie, wie schon erwähnt, viel zu spät. Hoover hätte bereits in Den Haag anwesend sein müssen.

Wie langwierig und entsprechend inadäquat internationale Kooperation ist, wenn es um die Eindämmung einer Finanzkrise geht, ist auch im Verlauf der Eurokrise klar geworden. Die akute Phase konnte nur beendet werden, indem Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), im Sommer 2012 durchgriff, ohne Rücksprache mit den Regierungen zu nehmen. Die regelmässigen Treffen der Finanzminister und Staatschefs, die oft erst in später Nacht zu Ende gingen, hatten demgegenüber wenig Wirkung.

Schliesslich darf man nicht vergessen, dass das gegenseitige Misstrauen zwischen den Grossmächten nach dem Weltkrieg besonders gross war. Frankreich hatte Angst vor einem Wiedererstarken des alten Kriegsgegners, während Deutschland sich danach sehnte, die Kriegsniederlage rückgängig zu machen. Grossbritannien strebte in alter Manier ein Gleichgewicht auf dem Kontinent an, was den deutschen Interessen entgegenkam, aber wiederum den französischen Verbündeten vor den Kopf stiess. Jede Nation kochte ihr eigenes Süppchen und verunmöglichte dadurch eine umfassende Schuldenregelung. Da sich Sicherheitsfragen nicht von Finanzfragen trennen liessen, wurde die Sache bald zu kompliziert.

Kein Grund zur Verzweiflung

Heute scheint das Misstrauen zwischen den grossen europäischen Ländern weniger ausgeprägt zu sein. Man trifft sich routinemässig in Brüssel, um die Probleme anzugehen, und vermittelt so den Eindruck, die gemeinsamen Anliegen über die nationalen Interessen zu stellen. Der Schein trügt allerdings. Die Eurokrise hat klar gezeigt, dass auch heute noch jeder Regierung das eigene Hemd am nächsten ist. Sobald die Abgabe von Souveränität an eine übergeordnete Instanz gefordert wird, was unabdingbar für eine funktionierende Währungsunion wäre, bremst jede Regierung. Man kann den Nationalstaat noch so klein reden, er ist nach wie vor die wichtigste politische Einheit in Europa, und damit sind grosse Interessenkonflikte unvermeidbar.

So hat sich also seit den Tagen Somarys nichts wesentlich geändert. Auch heute unterschätzen viele Politiker die Wucht von wirtschaftlichen Krisen, überschätzen die Möglichkeit von internationaler Kooperation und scheitern angesichts der vielschichtigen Interessengegensätze der grossen europäischen Länder. Grund zur Verzweiflung besteht deswegen aber nicht. Viel wichtiger ist, dass man sich immer wieder überlegt, wie die Zusammenarbeit in Europa am besten zu gestalten sei. Am Anfang sollte stets die Frage stehen, welche Art von gemeinsamen Organisationen wetterfest ist. Schönwetterkonstruktionen zerschellen früher oder später an den politischen und wirtschaftlichen Realitäten des Kontinents. ❮